

Stadt Braunschweig

Der Oberbürgermeister

Protokoll

Sitzung des Bauausschusses

Sitzung: Dienstag, 17.01.2017

Ort: Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 16:07 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Thorsten Köster - CDU

Mitglieder

Frau Lisa-Marie Jalyschko - B90/GRÜNE

Herr Nils Bader - SPD

Frau Astrid Buchholz - BIBS

Vertretung für
Herrn Henning Jenzen

Herr Manfred Dobberphul - SPD

Vertretung für
Herrn Detlef Kühn

Frau Susanne Hahn - SPD

Vertretung für
Herrn Uwe Jordan

Frau Annette Johannes - SPD

Frau Antje Keller - CDU

Herr Reinhard Manlik - CDU

Herr Gunnar Scherf - AfD

Herr Udo Sommerfeld - DIE LINKE.

weitere Mitglieder

Herr Christian Bley - Die Fraktion P2

Vertretung für
Herrn Maximilian Hahn

Herr Carsten Lehmann - FDP

sachkundige Bürger

Herr Gerald Gaus - SPD

Frau Nadine Labitzke-Hermann - SPD

Herr Felix Nordheim - CDU

Herr Maximilian Pohler - CDU

Herr Horst-Dieter Steinert - B90/GRÜNE

Herr Dieter Wichmann - Seniorenrat Braunschweig

Herr Dr. Burkhard Wiegel - Behindertenbeirat Braunschweig

Gäste

Frau Monika Andersson - Seniorenrat Braunschweig

Verwaltung

Herr Heinz-Georg Leuer - Dez. III

Frau Michaela Springhorn - FBL 65

Herr Klaus Benscheidt - FBL 66

Frau Dr. Franziska Gromadecki - FB 66, AbtL 66.5

Frau Bianca Winter - RefL 0600

Protokollführung

Frau Tanja Hellermann - Ref. 0600

Abwesend

Mitglieder

Herr Henning Jenzen - BIBS entschuldigt

entschuldigt

Herr Uwe Jordan - SPD entschuldigt

entschuldigt

Herr Detlef Kühn - SPD

entschuldigt

weitere Mitglieder

Herr Maximilian Hahn - Die Fraktion P2 entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 20.12.2016
(öffentlicher Teil)
- 3 Mitteilungen
- 3.1 Neubau Sporthalle Lehndorf
Kostenvergleich zu einer Basis-Standard-Sporthalle 16-03517
- 3.2 Sachstand zur Erneuerung von Unterdecken in Sporthallen 16-03329
- 4 GS Hohestieg, Hohestieg 2, 38118 Braunschweig
Brandschutzmaßnahmen zur Herstellung des zweiten baulichen
Rettungsweges
Objekt- und Kostenfeststellungsbeschluss 16-02654
- 5 GS Comeniusstraße, Comeniusstr. 1, 38102 Braunschweig
Brandschutzmaßnahmen
Objekt- und Kostenfeststellungsbeschluss 16-02645
- 6 Verlängerung des Vertrages über die thermische Abfallbehandlung 17-03550
- 6.1 Änderungsantrag zu 17-03550, Verlängerung des Vertrages über
die thermische Abfallbehandlung 17-03647
- 7 Anfragen
- 7.1 Mündliche Anfragen

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Der Ausschuss-Vorsitzende Ratsherr Köster eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Die unter TOP 11 vorgesehene Vorlage 17-03550 Verlängerung des Vertrages über die thermische Abfallbehandlung wird als neuer TOP 6 im öffentlichen Teil im Zusammenhang mit dem entsprechenden Änderungsantrag der Fraktion Die Linke. (17-03647; TOP 6.1) behandelt.

2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 20.12.2016 (öffentlicher Teil)

Ratsherr Sommerfeld bemängelt die Protokollierung zu TOP 3.3 Ergebnisse des Vertragserfüllungsgutachtens zum Abwasserentsorgungsvertrag (16-03465) und bittet um folgende Ergänzung:

„Ratsherr Sommerfeld äußert Kritik und stellt zahlreiche Nachfragen zum Gutachten.“

Das Protokoll (öffentlicher Teil) wird mit dieser Änderung genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

9 / 0 / 2

3. Mitteilungen

3.1. Neubau Sporthalle Lehndorf Kostenvergleich zu einer Basis-Standard-Sporthalle 16-03517

Frau Springhorn beantwortet Fragen der SPD-Fraktion zur installierten Photovoltaik-Anlage sowie den hiermit verbundenen Einsparungen an CO₂ und Kosten.

Frau Springhorn beantwortet Fragen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu den Baunebenkosten, zum Schallschutz sowie zur Tribüne/Bestuhlung.

Bürgermitglied Steinert kritisiert die im Vergleich zur Halle in Wendeburg hohen Kosten der dargestellten Kostengruppen und bemängelt, dass ein Vergleich der Gesamtkosten fehle. Stadtbaurat Leuer erläutert, dass nicht alle Kosten vergleichbar seien. Vorliegend seien die Kosten, die auch vergleichbar seien, begründet dargestellt. Die Gesamtkosten werden im Rahmen des Protokolls nachgereicht.

Protokollnotiz:

	Standard-Halle EnEV 2014	EnEV 2016 Sporthalle Lehndorf
KG 100	nicht bekannt	6.000 €
KG 200	nicht bekannt	293.600 €
KG 300	1.630.300 €	2.097.100 €
KG 400	545.020 €	815.000 €
KG 500	nicht bekannt	253.900 €
KG 600	30.919 €	114.000 €
KG 700	nicht bekannt	1.070.500 €
Unvorhergesehenes ca. 5 %, KG 100 - 700	nicht bekannt	232.500 €
Gesamtkosten ohne Baupreissteigerung	nicht bekannt *	4.882.600 €

* Die Gesamtkosten können vom ausführenden Büro nicht vollumfänglich genannt werden, da die Kostengruppen 200, 500 und 700 seitens der Gemeinde Wendeburg in eigener Zuständigkeit bearbeitet wurden. Der Internet-Seite der Gemeinde Wendeburg ist zu entnehmen, dass die Kosten für den Neubau (einschließlich Abriss der alten Halle) auf 2,66 Mio. Euro beziffert werden.

Auf Bitte von Ratsfrau Johannes wird die Verwaltung die Mitteilung auch dem betreffenden Stadtbezirksrat zur Verfügung stellen.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

3.2. Sachstand zur Erneuerung von Unterdecken in Sporthallen

16-03329

Stadtbaudirektor Leuer erläutert auf Nachfrage der SPD-Fraktion, dass die Hallen bis zur planmäßigen Erneuerung der Unterdecken unverändert und ohne Gefahr genutzt werden können. Die Dauer der Arbeiten werde voraussichtlich 6 bis 12 Wochen pro Halle unter größtmöglicher Ausnutzung der Ferienzeiten betragen. Verbunden mit den Decken-Arbeiten erfolgten ggf. auch erforderliche Arbeiten an der Beleuchtung, Decken-Heizung oder Dachkonstruktion; es finde jedoch keine komplette Hallensanierung statt. Bzgl. der Sporthalle Naumburgstraße sei mit dem erneut betroffenen Box-Club 72 e.V. einvernehmlich eine Ausweichmöglichkeit abgestimmt.

Stadtbaudirektor Leuer geht auf die Historie der Unterdecken ein und stellt die früher übliche Bauweise im Vergleich zur jetzigen dar. Die insofern vorhandenen Decken-Konstruktionen hätten ihr Lebensalter erreicht.

Auf Bitte von Ratsfrau Johannes wird die Verwaltung die Mitteilung auch dem Schul- und Sportausschuss zur Verfügung stellen.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

**4. GS Hohestieg, Hohestieg 2, 38118 Braunschweig
Brandschutzmaßnahmen zur Herstellung des zweiten baulichen
Rettungsweges
Objekt- und Kostenfeststellungsbeschluss**

16-02654

Frau Springhorn stellt das Investitionsvorhaben anhand von Plänen vor.

Herr Dr. Wiegel erklärt, dass das Vorhaben bzgl. möglicher Maßnahmen zur Barrierefreiheit mit dem Behindertenbeirat abgestimmt sei. Er regt ein gemeinsames Gespräch von Behindertenbeirat, Schul- und Bauverwaltung an, um die Schulen festzulegen, bei denen eine inklusive Gestaltung in Betracht komme. Frau Springhorn nimmt den Hinweis auf.

Beschluss:

„Dem o. a. Investitionsvorhaben wird gemäß den Plänen vom 01.03.2016 zugestimmt.

Die Gesamtkosten - einschl. der Eigenleistung des Fachbereichs Hochbau und Gebäudemangement und eines Zuschlags für Unvorhergesehenes - werden aufgrund der Kostenberechnung vom 10.01.2017 auf 2.359.100 € festgestellt.“

Abstimmungsergebnis:

11 / 0 / 0

**5. GS Comeniusstraße, Comeniusstr. 1, 38102 Braunschweig
Brandschutzmaßnahmen
Objekt- und Kostenfeststellungsbeschluss**

16-02645

Frau Springhorn stellt das Investitionsvorhaben anhand von Plänen vor.

Auf Nachfrage von Ratsherrn Sommerfeld bestätigt Stadtbaurat Leuer die Umsetzung der beschriebenen Brandschutzmaßnahmen bis Herbst 2018. Zunächst zurückgestellt, bis zur Entscheidung über die konkrete bauliche Erweiterung der Schule, sei nur die endgültige Umsetzung der Fluchttreppe. Die installierte Gerüsttreppe bleibe solange als provisorischer zweiter baulicher Rettungsweg bestehen.

Beschluss:

„Dem o. a. Investitionsvorhaben wird gemäß den Plänen vom 21.01.2016 zugestimmt.

Die Gesamtkosten - einschließlich der Eigenleistung des Fachbereichs Hochbau und Gebäudemangement und eines Zuschlags für Unvorhergesehenes - werden aufgrund der Kostenberechnung vom 10.01.2017 auf 2.214.700 € festgestellt.“

Abstimmungsergebnis:

11 / 0 / 0

6. Verlängerung des Vertrages über die thermische Abfall-behandlung

17-03550

Stadtbaudirektor Leuer betont, dass es vorliegend nicht um den ALBA-Vertrag, sondern die thermische Abfallbehandlung, d.h. die Verbrennung, durch die Firma REMONDIS gehe. Er begründet die vorgeschlagene Vertragsverlängerung. Der Bau einer eigenen kommunalen Verbrennungsanlage wäre angesichts der vorliegenden Restabfallmengen und der im Umfeld vorhandenen Anlagen nicht wirtschaftlich.

Ratsherr Sommerfeld erklärt, dass es sinnvoll wäre, alle Aspekte des Themas Abfall im Gesamtzusammenhang zu betrachten. Er bringt den Änderungsantrag 17-03647 (TOP 6.1) der Fraktion Die Linke ein. Insbesondere solle die Frage kommunaler oder regionaler Möglichkeiten der Abfallbehandlung bzw. entsprechende Beteiligungsmöglichkeiten, wie z.B. eine Anteilseignerschaft, fundiert geprüft werden. Sofern die Prüfung ergebe, dass solche Möglichkeiten nicht in Betracht kommen, sei zwingend eine Ausschreibung vorzunehmen.

Ratsherr Sommerfeld kritisiert weiterhin die kurzfristige Einbringung der Vorlage und den zeitlichen Entscheidungsdruck. Für eine öffentliche Behandlung des Antrags im Rat verbleibe kein Raum. Er fragt, ob seitens der Verwaltung mit REMONDIS Kontakt aufgenommen werden könnte, um eine einvernehmliche Verschiebung der Frist zur Vertragsverlängerung um 1 Monat auf Ende Februar zu erreichen.

Stadtbaudirektor Leuer erklärt, dass eine entsprechende Kontaktaufnahme mit REMONDIS bereits erfolgt sei und einer Fristverlängerung bis 28. Februar 2017 voraussichtlich zugestimmt werde. Er betont, dass die Möglichkeit der einmaligen Vertragsverlängerung bereits im bestehenden, durch Ausschreibung entstandenen Vertragswerk enthalten sei. Die Durchführung des Vertrags gestalte sich bislang problemlos. Die Frage der Vertragsverlängerung sei letztlich eine Frage der wirtschaftlichen Einschätzung; diese sei, wie dargelegt, eingehend geprüft worden und werde empfohlen.

Ratsherr Köster schließt sich der Kritik hinsichtlich der Kurzfristigkeit an. Er berichtet aus dem ALBA-Beirat zur Preisentwicklung auf dem Abfall-Markt. Die CDU-Fraktion spreche sich daher für eine Vertragsverlängerung aus. Die Möglichkeit zur öffentlichen Diskussion des Antrags der Fraktion Die Linke werde mit der in Aussicht gestellten Fristverlängerung von REMONDIS mitgetragen; der Betrieb einer eigenen kommunalen Verbrennungsanlage kontrarie unter den geschilderten wirtschaftlichen Voraussetzungen dagegen den Ansatz der Müllvermeidung. Bei einer Vertragsverlängerung solle in der Zeit bis zum endgültigen Vertragsende das Gesamt-Thema Abfall ausführlich im Bauausschuss als betreffendem Fachausschuss behandelt werden.

Ratsherr Bader beantragt für die SPD-Fraktion "Passieren lassen", da noch fraktionsinterner Beratungsbedarf bestehe.

Ratsherr Sommerfeld erneuert im Hinblick auf die vorgetragene derzeitige Hochpreisphase und Marktentwicklung seine Argumentation für eine Ausschreibung nach Ablauf der regulären Vertragsdauer.

Der Antrag der SPD-Fraktion auf "Passieren lassen" wird mit 6 Für-Stimmen, 4 Gegen-Stimmen und 1 Enthaltung angenommen.

Beschluss (Empfehlung an den Verwaltungsausschuss):

„Der Vertrag über die thermische Abfallbehandlung mit REMONDIS wird einmalig um drei Jahre verlängert.“

Abstimmungsergebnis:

passiert

6.1. Änderungsantrag zu 17-03550, Verlängerung des Vertrages über die thermische Abfallbehandlung

17-03647

Der Änderungsantrag der Fraktion Die Linke. wird im Zusammenhang mit der Vorlage 17-03550 Verlängerung des Vertrages über die thermische Abfallbehandlung (TOP 6) behandelt.

Beschluss (Empfehlung an Verwaltungsausschuss und Rat):

„Der Rat möge beschließen:

1. Eine Entscheidung über die Abfallbehandlung des Braunschweiger Restabfalls trifft der Rat in öffentlicher Sitzung. Lediglich die nichtöffentlichen Teile der Vorlage sollen im nichtöffentlichen Teil beschlossen werden.
2. Vor dieser Entscheidung soll geprüft werden, ob eine Abfallbehandlung in kommunaler Zuständigkeit möglich ist. Dabei soll auch die Zusammenarbeit mit anderen Kommunen geprüft werden.
3. Wenn die Abfallbehandlung in kommunaler oder regionaler Zuständigkeit nicht möglich ist, soll die Vergabe ausgeschrieben werden.“

Abstimmungsergebnis:

passiert

7. Anfragen

Protokollnotiz: Bürgermitglied Nordheim verlässt um 15:55 Uhr die Sitzung.
Ratsherr Bley nimmt ab 15:55 Uhr an der Sitzung teil.

7.1. Mündliche Anfragen

7.1.1. Herr Dr. Wiegel berichtet von einem Bürger-Schreiben an den Behindertenbeirat, in welchem die Zugangssituation zum Ärztehaus Celler Straße 32 als gefährlich geschildert werde. Er fragt nach weiteren Handlungsmöglichkeiten, z.B. der Anbringung eines Spiegels. Herr Benscheidt erklärt, dass die betreffende Einfahrtssituation aufgrund des Hinweises nochmals überprüft werde. Für private Grundstückszufahrten seien jedoch die Grundstücks-eigentümer verantwortlich. Das Aufstellen von Verkehrsspiegeln sei bei entsprechenden örtlichen Gegebenheiten wie vorliegend eher mit Nachteilen verbunden. Herr Dr. Wiegel wird den Bürger entsprechend informieren.

7.1.2. Ratsfrau Buchholz fragt nach Änderungen bei den Fahrradampeln. Herr Benscheidt stellt die seit Jahresbeginn geltenden Regelungen und die hiermit verbundene Umrüstung der bestehenden Ampeln vor. Eine entsprechende Pressemitteilung folge.

7.1.3. Ratsherr Köster fragt nach dem Stand der avisierten Übergangslösung zum Zentralen Omnibusbahnhof. Stadtbaurat Leuer berichtet, dass der Termin mit der Deutschen Bahn AG am 23. Januar 2017 stattfinden solle.

Die Sitzung endet um 16:07 Uhr.

gez. Köster

- Vorsitz -

gez. Leuer

- Stadtbaurat -

gez. Hellemann

- Schriftführung -